

Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 98/99
Telex: 08 88 848-48 ppbn d

Inhalt

Jürgen Schmude: Entspan-
nungspolitik dient den
Menschenrechten.

Seite 1/2

Alfons Pawelczyk erläutert
die europäische Bedeutung
von MBFR.

Seite 3

Katharina Focke fordert
Solidarität mit der Dritten
Welt.

Seite 4/5

Erhard Mahne, SPD-Post-
experte, erläutert die
neuen Gebührenvergünsti-
gungen.

Seite 6/7

Alfons Bayerl würdigt die
deutsch-tschechoslowaki-
schen Nachbarschaftsbemü-
hungen.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
PresseDienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

33. Jahrgang / 236

8. Dezember 1978

Den Grundirrtum vermeiden

Das Thema Menschenrechte kann von der Entspannungspolitik
nicht getrennt werden

Von Dr. Jürgen Schmude MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft

An diesem Sonntag jährt sich zum 30. Mal der Tag, an dem die Vereinten Nationen ihre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte proklamierten. Es ist eine große und eine mutige Deklaration, die am 10. Dezember 1949 beschlossen wurde. Sie hat ihre Bedeutung, auch wenn sie nicht einklagbar ist und obwohl nüchtern festgestellt werden muß, daß in den drei Jahrzehnten seither die Menschenrechte in vielen Teilen der Welt mit Füßen getreten wurden und werden.

Aufschlußreich ist am 30. Jahrestag dieser Erklärung die Betrachtung unserer deutschen Wirklichkeit. Dabei ist die grobschlächtige und vordringliche Behandlung dieses Themas durch die CDU/CSU sicherlich unangemessen und darum auch unergiebig. Nötig ist vielmehr eine abgewogene und politisch kluge Bewertung der Lage der Menschenrechte in Deutschland. Sie zeigt: Durch die Bemühungen, Spannungen zwischen Ost und West, also auch zwischen den beiden deutschen Staaten, abzubauen, ist in den zehn Jahren seit 1969 mehr für die Sache der Menschen bewirkt worden als in den zwanzig Jahren vorher, in denen das Pathos der Menschenrechtsschleimantien in den Schützengräben des Kalten Krieges hängen blieb.

Mit dem Namen Deutschland verband der größte Teil der übrigen Welt einmal die schlimmsten aller denkbaren Bewertungen: Rassenhaß und Völkermord, Krieg und Zerstörung. Europa hat in diesem Jahrhundert keine tiefere Verletzung der Menschenrechte erlebt als durch die Deutschen. Deutschland und wir Deutsche haben letztlich schwer dafür gebüßt. Bis auf den heutigen Tag drückt sich das aus in der Spaltung einer Nation, in der nun mühsam und unter Rückschlägen der Ver-

such unternommen wird, von Feindschaft und Gegnerschaft zu einem neuen Verhältnis des geregelten Miteinander zu gelangen. In dieser besonderen Lage berührt uns das Thema Menschenrechte mehr als viele andere Völker, mit denen wir gemeinsam für die Verwirklichung der Menschenrechte international streiten.

Wer glaubhaft für Menschenrechte eintreten will, kann das nicht einseitig tun. Menschenrechtsverletzungen sind in Ost und West in vielen Ländern zu beklagen. Und: Auch in der DDR werden grundlegende Freiheitsrechte der Menschen verletzt. Solche Wahrheiten sollen nicht verschwiegen werden. Aber man darf auch nicht so tun, als läge es in unserer Macht, diese Situation unmittelbar zu ändern. Sehr wohl aber können wir eine Politik betreiben, mit der die Chancen für die Menschen, mehr Freizügigkeit und andere Freiheitsrechte zu erreichen, nicht verschüttet, sondern verbessert werden.

Das Thema Menschenrechte kann vom Thema Entspannungspolitik nicht getrennt werden. Es wäre ein Grundirrtum, wenn man Entspannungspolitik einerseits und aktives Eintreten für Menschen- und Bürgerrechte andererseits als getrennte oder gar gegensätzliche Aufgaben verstehen würde. Die Vereinigten Staaten haben im ablaufenden Jahr die Menschenrechtsproblematik zeitweilig zu einem internationalen Thema erster Ordnung gemacht. Heute wird auch in Amerika deutlicher erkannt, daß dies kein isoliertes Thema sein kann. Fortschritte für Menschen sind nur zusammen mit den Bemühungen um Abbau von Spannungen erreichbar. Jeder Versuch, die Fortführung der Entspannungspolitik von der Durchsetzung der Menschenrechte abhängig zu machen - etwa in der DDR oder in anderen kommunistisch regierten Staaten -, kann nur dazu führen, daß auf dem Rücken der Betroffenen eine neue Konfrontationspolitik ausgetragen wird.

Die CDU/CSU sitzt diesem Grundirrtum auf, wenn sie glaubt, daß die "Menschenrechtsdiskussion, richtig genutzt, zum Vehikel der Politik des Westens werden" kann. Diese, bereits im Frühjahr 1977 von der CSU im Bundestag vertretene Meinung scheint auch der Großen Anfrage zugrunde zu liegen, mit der die Opposition gegenwärtig das Thema erneut aufgreift. Wir Sozialdemokraten werden uns nicht dazu verleiten lassen, Konfrontation an die Stelle der Bemühungen um Kooperation zu setzen.

Die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen hängt eng mit der Entwicklung der Ost-West-Entspannung zusammen. Niemand in unserem Land kann ein Interesse daran haben, daß durch eine ideologisch aufgeheizte, theoretische Debatte über Menschenrechte ein Klima neuer Spannungen zwischen West und Ost entsteht. Die Leidtragenden einer solchen Entwicklung wären zu allererst jene Menschen, um deren Rechte es uns zu tun ist.

Ich plädiere nicht für Leisetreteri. Wir schweigen nicht zu Menschenrechtsverletzungen, wo immer sie zu registrieren sind. Aber wir wollen den Menschen auch nicht Sand in die Augen streuen oder bei ihnen Illusionen wecken. Die Verwirklichung der Menschenrechte ist nur möglich durch den allmählichen Abbau der Konfrontation zwischen den Staaten, durch eine Entspannungs- und Friedenspolitik, die es den Völkern gestattet, Schritt für Schritt näher aneinanderzurücken. Das gilt besonders für das Verhältnis zwischen Ost und West, wird in zunehmendem Maße aber auch für die Beziehungen zwischen den Nationen im Norden und Süden Bedeutung erlangen. (-/8.12.1978/85/16)

Zutiefst im europäischen Interesse

Will die Union die MBFR-Verhandlungen erschweren?

Von Alfons Pawelczyk MdB

Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle des Bundestages

Das Grundsatzprogramm der CDU sowie sicherheitspolitische Stellungnahmen namhafter Politiker der Unions-Parteien werfen die Frage auf, ob die Opposition noch bereit ist, das gemeinsame Sicherheitskonzept der NATO mitzutragen:

- Oppositionspolitiker unterstützen zum Teil demonstrativ Gegner eines SALT II-Abkommens, wie dies jüngst auf der Jahrestagung der Nordatlantischen Versammlung in Lissabon geschehen ist. Ein SALT II-Abkommen ist jedoch ein wesentliches Element zur nuklearstrategischen Stabilisierung und damit auch ein Beitrag zur internationalen Sicherheit. Nur auf der Basis eines solchen Abkommens ist die besonders für Europa gefährliche Entwicklung im Grauzonenbereich unter Kontrolle zu bringen. Auch ein Verhandlungserfolg in Wien hängt wesentlich von der Einigung auf das SALT II-Abkommen ab. Beide Abkommen liegen zutiefst im europäischen Interesse.
- Nach mehr als fünfjährigen Verhandlungen ist in Wien bei der Erörterung der Grundsatzprobleme Parität und Kollektivität zum erstenmal wirklich eine bemerkenswerte Bewegung eingetreten. Wenn die Opposition ausgerechnet jetzt die Forderung erhebt, zu prüfen, ob die "Kampfgruppen der Arbeiterklasse" in der DDR als militärisches Personal in die MBFR-Verhandlungen einzubeziehen sind, so zeigt dies, daß sie entweder nicht verstanden hat, worum es bei der Datendiskussion geht, oder daß sie die Verhandlungen erschweren oder verzögern will.

Bereits im Dezember 1967 haben alle Staaten des Nordatlantischen Bündnisses beschlossen, die Sicherheitspolitik sowohl durch Verteidigungsfähigkeit als auch durch Entspannungspolitik zu gewährleisten. Das bedeutet, daß die politische und militärische Entspannung neben der Aufrechterhaltung einer ausreichenden Verteidigungsfähigkeit als gleichwertige Elemente der Sicherheitspolitik anzusehen sind.

Im Unterschied zu dieser von allen Bündnispartnern getragenen Konzeption lassen führende Oppositionspolitiker kaum eine Gelegenheit aus, um einerseits nach verstärkten Rüstungsanstrengungen zu rufen und andererseits die Rüstungskontrollpolitik, die ein integraler Bestandteil der Entspannungspolitik ist, zu erschweren.

Wir Sozialdemokraten werden uns solchen Versuchen entschieden entgegenstellen. Wir werden auch in Zukunft die für unsere Sicherheit erforderliche Verteidigungsfähigkeit aufrechterhalten, aber gleichzeitig jede politische Anstrengung unternehmen, um am Verhandlungstisch den quantitativen und qualitativen Rüstungswettlauf abzu-bremsen.

(18.12.1978) 10

Was gehen uns die Entwicklungsländer an?

Eine wichtige Frage soll in einer Anhörung geklärt werden

Von Dr. Katharina Focke MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Solidarität mit den Benachteiligten und soziale Gerechtigkeit sind Grundsätze sozialdemokratischer Politik - auch im Weltmaßstab. Gegenseitige Abhängigkeit und Verflechtung zwischen Nord und Süd ist eine wachsende Erkenntnis. Aber konkrete Aussagen über unsere Abhängigkeit von der Entwicklung der Dritten Welt gibt es bisher nur in Ansätzen.

Zwei Untersuchungen im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit ergeben, daß gegenwärtig ca. eine Million Arbeitsplätze bei uns von Lieferungen in Entwicklungsländern abhängen. Die Entwicklungskommission (DAC) der OECD hat ein Diskussionspapier vorgelegt, das von zehn Milliarden Dollar pro Jahr zusätzlichen Kapitaltransfers in die Entwicklungsländer eine zusätzliche Nachfrage in den OECD-Ländern von 20 Milliarden DM errechnet. Eine UNCTAD-Untersuchung schätzt, daß drei Prozent Wachstum in den Nicht-Öl-produzierenden Entwicklungsländern ein Prozent Wachstum in den OECD-Ländern bewirkt.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit möchte es genauer wissen. Er wird deshalb Ende März - unter Beteiligung des Wirtschaftsausschusses - eine öffentliche Anhörung veranstalten, bei der deutsche und ausländische Fachleute, die sich mit den Verflechtungsproblemen schon intensiver beschäftigt haben, soviel Information wie möglich geben sollen:

- über Umfang und Art der Verflechtung im Handel, in den Kapitalströmen, in den Wachstumsraten;
- über den Zusammenhang zwischen Entwicklungspolitik und Beschäftigungspolitik;
- über die Möglichkeit, unausgenutzte Ersparnisse in den Industrie- und OPEC-

Ländern für Investitionszwecke in den Entwicklungsländern zu nutzen.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Ausschuß den Bedürfnissen der Entwicklungsländer widmen und der Frage nachgehen, in welchen Bereichen die Nachfrage in den Entwicklungsländern sich mit unausgelasteten Kapazitäten in den Industrieländern deckt.

Mit Fragen nach möglichen inflationären Wirkungen, nach Strukturproblemen und Handelsliberalisierung berücksichtigt der Ausschuß die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge eines "Investitionsprogrammes für die Dritte Welt". Er möchte auch wissen, wie aufnahmefähig die Entwicklungsländer für einen erheblichen zusätzlichen Kapitaltransfer sind, was getan werden kann, um ihre Absorptionsfähigkeit zu erhöhen und welche Rolle dabei der öffentlichen Entwicklungshilfe zukommt. Und nicht zuletzt wird nach den Finanzierungsmöglichkeiten und den Instrumenten gefragt, mit denen ein erhöhter öffentlicher und privater Ressourcentransfer in die Entwicklungsländer erreicht werden kann.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit hat die von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion angeregte Anhörung in der Überzeugung beschlossen, daß die dabei zu befragenden Wissenschaftler, die Vertreter der Gewerkschaften und der Industrie, die Bankfachleute und die Vertreter internationaler Organisationen wichtige Hinweise für unsere zukünftige Südpolitik geben können. Die Ergebnisse dieser Anhörung sollen helfen, die gegenseitigen Abhängigkeiten konkreter zu erkennen und daraus Konsequenzen zu ziehen, mit denen besser als bisher den Bedürfnissen und Forderungen der Dritten Welt entsprochen und zugleich ein Beitrag zur Lösung der Probleme in den Industrieländern geleistet wird.

(-/8.12 1978/ks/10)

Es wird weitere Gebührenvergünstigungen bei der Post geben

Die gesunde Wirtschaftslage der Post darf jedoch nicht aufs Spiel gesetzt werden

Von Erhard Mahne MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verkehr, Post- und Fernmeldewesen
der SPD-Bundestagsfraktion

Kürzlich wurden durch Staatssekretär Elias aus dem Bundespostministerium dem Bundestags-Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen die Umstellungstermine für die Einführung des Telefon-Nahdienstes bekanntgegeben.

Einmal mehr ist es der Initiative der SPD-Arbeitsgruppe dieses Ausschusses zu verdanken, daß das Zonenrandgebiet und die überwiegend strukturell benachteiligten, ländlichen Bereiche bevorzugt umgestellt werden. So wurden auf unser Betreiben hin im April 1978 folgende Kriterien für die Reihenfolge der Umstellung festgelegt:

- geringe Bevölkerungsdichte,
- Zonenrandgebiet,
- Gemeinden, die auf mehrere Ortsnetze aufgeteilt sind.

Diese Bedingungen können insoweit eingehalten werden, wie die umfangreichen technischen Investitionen das zulassen.

Im Januar 1980 werden über 50 Prozent der Fernsprechkunden in 75 Prozent des Gebietes der Bundesrepublik Deutschland die Vorteile des neuen Fernsprech-Tarifsystems (Nahdienst und Zeitzahlung im Ortsnetz) nutzen können.

Wenn schon durch diese beiden Zahlen deutlich wird, daß vorzugsweise ländliche Bereiche erfaßt werden, so wird das Zonenrandgebiet, dem seit jeher unsere besondere Aufmerksamkeit gilt und das nun zu 86 Prozent umgestellt wird, besonders gut bedacht.

Zwei Jahre früher als ursprünglich geplant, nämlich 1982, wird das ganze Bundesgebiet umgestellt sein. Dann werden die Fernsprechkunden rund 1,4 Milliarden DM pro Jahr an Gebühren sparen.

Die CDU/CSU-Opposition hat, nachdem sie lange Zeit die Einführung des neuer kundenfreundlichen Fernsprech-Tarifsystems verzögert hat, inzwischen ebenfalls dessen große Vorteile erkannt. Wenn sie aber erneut einen Antrag an den Deutschen Bundestag auf nochmalige Änderung der Konditionen stellt, muß sie wissen, daß jede Änderung der Bedingungen des Telefon-Nahdienstes zum derzeitigen Zeitpunkt die ausgearbeiteten

detaillierten Einführungspläne hinfällig machen und unweigerlich zu einer erheblichen Verzögerung führen würde.

Wenn die Opposition in ihrem Antrag von weiteren Senkungen der Fernmeldegebühren spricht, so übersieht sie offensichtlich nicht mehr ganz den Umfang der bereits eingeleiteten Maßnahmen der Post.

Wie ist die gegenwärtige Lage realistisch gesehen? Das Jahr 1977 wurde mit Gewinn abgeschlossen. Auch das Jahr 1978 entwickelte sich günstig, so daß eine Reihe von Gebührensenkungen und ein weiterer Netzausbau vorgesehen werden konnten. Bereits im Jahr 1978 werden dabei wirksam:

- die Senkung der Telex-Verbindungsgebühr,
- die Senkung des Feierabendtarifs,
- das Vorziehen des "Mondscheintarifs" und
- vor allem die pauschale Gebührenermäßigung der Telefon-Grundgebühr für sechs Monate.

Das schmälert die Einnahmen der Post 1978 um 700 Millionen DM.

1979 kommt die Senkung der Auslands-Telefongebühren hinzu, so daß insgesamt 1,6 Milliarden DM Mindereinnahmen erwartet werden. Zusätzlich wird dieses Jahr mit der einmaligen Sonderablieferung an den Bund belastet.

Unter Berücksichtigung der Mindereinnahmen des neuen Tarifsystems Nahdienst mit Zeittakt (1,4 Milliarden DM), ergibt sich nach den beschlossenen bzw. bereits eingeführten und den bisher geplanten Maßnahmen ein Betrag von ca. 3,4 Milliarden DM in 1982. Schließlich muß in die mittelfristige Betrachtung einbezogen werden, daß zusätzliche Investitionen für neue Dienste und Netzausbau in Höhe von ca. fünf Milliarden DM bis 1983 vorgesehen sind.

Die Arbeitsgruppe Verkehr, Post- und Fernmeldewesen der SPD-Bundestagsfraktion hat wiederholt festgestellt, daß das Ungleichgewicht in der Kostendeckung des Post- und Fernmeldebereichs nicht kurzfristig überwunden werden kann. Es gilt, die Konsolidierung fortzuführen, d.h. es wird im Laufe der nächsten Zeit weitere Gebührenermäßigungen im Fernmeldewesen geben. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß hier gewisse Risiken liegen. Diese Risiken liegen vor allem im weiteren allgemeinen Wirtschaftsverlauf, in der Entwicklung der Personalkosten sowie in den schwer kalkulierbaren Kundenreaktionen. Bereits ein Abweichen der Erträge oder der Aufwendungen von ihren Schätzwerten um nur drei Prozent würde den Jahresgewinn der Post um 1,2 Milliarden DM verändern. Die SPD-Bundestagsfraktion wird wie bisher der Gestaltung der Bedingungen und der Gebühren im Post- und Fernmeldewesen auch in Zukunft besondere Beachtung widmen, weil Vergünstigungen bei den Fernmeldegebühren fast jedem Bürger zugute kommen. Denn 1985 wird in fast jedem Haushalt ein Telefon sein.

(-/8.12.1978/k/16)

Wichtige Schritte auf dem Weg zu guter Nachbarschaft

Guter Wille und Geduld beiderseits der deutsch-tschechoslowakischen Grenze

Von Alfons Bayerl MdB

Vorsitzender der Bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion

Vor fünf Jahren - am 11. Dezember 1973 - hat Willy Brandt als Bundeskanzler den Vertrag mit der CSSR über die gegenseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Damit wurde ein Schlußstrich unter eine unheilvolle Periode unserer gemeinsamen Geschichte gesetzt. Das kann und soll nicht bedeuten, daß wir vergessen, wie viel Unheil und Leid der nationalsozialistische Angriff auf die CSSR für beide Völker gebracht hat. Und daß damit das traditionell gute Verhältnis zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen, das jahrhundertlang unsere gemeinsame Geschichte bestimmt hat, radikal zerstört wurde.

So konnte der Vertrag nur die Voraussetzung für einen Neuanfang der Beziehungen zwischen beiden Staaten und Völkern sein. Der Vertrag mit der CSSR und die Verträge, die wir mit anderen Staaten des Ostblocks geschlossen haben, in deren Mittelpunkt der Verzicht auf die Androhung und Anwendung von Gewalt sowie die Entwicklung und der Ausbau freiheitlicher partnerschaftlicher Beziehungen stehen, waren die unabdingbare Voraussetzung für die Schlußakte von Helsinki. Sie hat eine neue Wirklichkeit für die zwischenstaatliche Ordnung in Europa geschaffen, die nicht nur ein neues Denken, sondern auch neue Verhaltensweisen erfordert. Dies sollte auch die kleine Zahl derjenigen in unserem Land zur Kenntnis nehmen, die als ewig Gestrige aus der Geschichte nichts gelernt haben und glauben, mit Denkmustern von gestern die Zukunft gestalten zu können.

Natürlich konnte der Vertragsabschluß nicht quasi über Nacht die Bewußtseinsänderung herbeiführen, die notwendig ist, den Vertrag im Interesse der Menschen beider Staaten mit Leben zu erfüllen. Die kurze fünfjährige Geschichte des Vertrages macht aber deutlich, daß die gesetzlich geregelte Nachbarschaft zwischen beiden Staaten zu einer guten Nachbarschaft ausgebaut werden kann. Um auf diesem Weg voranzukommen, bedarf es auch weiterhin viel guten Willen und viel Geduld auf beiden Seiten.

Die Landesgruppe bayerischer SPD-Bundestagsabgeordneter hat bei ihrer, nach einer 40jährigen Abstinenz, ersten Begegnung mit Parlamentariern in der CSSR im Jahre 1975 feststellen müssen, daß nicht nur eine politische und militärische Grenze beider Völker trennt, sondern im gleichen Maße eine psychologische. Diese psychologische Barriere wurde inzwischen durch vielfältige parlamentarische Kontakte und Begegnungen auf staatlicher Ebene abgebaut. Der Besuch des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Dr. Gustav Husak war dafür ein eindrucksvoller Beweis. Mit Genugtuung können wir unbestritten Fortschritte in den Beziehungen beider Staaten auf wirtschaftlichem Gebiet und im humanitären Bereich - menschliche Kontakte, Familienzusammenführung, Eheschließungen und Reiseerleichterungen - registrieren.

Der ersten parlamentarischen Kontaktaufnahme im Jahre 1975 folgten weitere Begegnungen der Bayerischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion mit Parlamentariern aus der CSSR. So konnten wir im Herbst 1977 die erste Parlamentariersdelegation aus der CSSR in Bayern begrüßen. Dabei und bei weiteren Gesprächen konnten wir uns in sehr guter Atmosphäre darüber verständigen, daß wir uns gegenseitig im Interesse der Bürger auf beiden Seiten der Grenze helfen müssen, mit den Beschwerden, die eine Grenze mit sich bringt, leichter fertig zu werden. Dies sind wichtige kleine Schritte auf dem Weg, aus der gesetzlich geregelten Nachbarschaft eine gute Nachbarschaft zu machen. Den Grenzen sollten in einer Zeit, in der wir ihre Unverletzlichkeit anerkennen, Begegnungen der Menschen nicht abblocken.

(-/8.12.1978/hi/lo)